

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Ladenöffnungszeiten in Niedersachsen

Rede vom 18. Juni 2013, 9. Sitzung, Tagesordnungspunkt 14
Abschließende Beratung

Den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP finden Sie in der Drucksache [17/179](#).

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration können Sie in der Drucksache [17/285](#) nachlesen, den schriftlichen Bericht in der Drucksache [17/297](#).

Weitere Redner waren:

Holger Ansmann (SPD), Annette Schwarz (CDU), Helge Limburg (GRÜNE) und Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 14: Abschließende Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Ladenöffnungszeiten in Niedersachsen** - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/179 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/285 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/297

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die zweite Beratung und erteile für die FDP-Fraktion, die diesen Gesetzentwurf eingebracht hat, der Kollegin Gabriela König das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem sich hier in Niedersachsen vermehrt Abmahnungen von Unternehmen ergeben haben und eine Art von Überwachung stattfindet, die weder einem Selbstständigen noch einem Mitarbeiter oder einem Kunden vermittelbar ist, ist der von uns eingebrachte Gesetzentwurf längst überfällig.

Wettbewerbszentralen erheben hohe Bußgelder und beschäftigen ganze Anwaltskanzleien. Unternehmen wissen nicht mehr, wo sie stehen, und sehen sich stark bevormundet und benachteiligt gegenüber ihren Mitbewerbern in den Nachbarbundesländern. Wer hat da noch Interesse, in Niedersachsen zu investieren?

Ich frage nach der ersten - sachfremden - Debatte, ob die SPD und die Grünen wirklich das Wohl des Landes interessiert.

(Beifall bei der FDP)

Sie handeln alles unter dem Blickwinkel der Belastung des Arbeitsumfeldes ab. Sie wollen Familien und Feiertage schützen und springen den Kirchen bei.

(Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, ich darf Sie kurz unterbrechen, und zwar in Ihrem eigenen Interesse. - Am Ausgang auf der Seite der CDU-Fraktion ist eine umfassende Sprechstunde im Gang.

(Zuruf: An der Regierungsbank auch!)

- An der Regierungsbank auch. Liebe Kolleginnen und Kollegen an der Regierungsbank, wir haben jetzt keine Sprechstunde, sondern die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, und es spricht für die FDP-Fraktion die Kollegin König. Der sollten Sie zuhören. - Frau König, die Ruhe ist wiederhergestellt.

Gabriela König (FDP):

Die Welt sieht jedoch anders aus. Betriebsräte und Arbeitnehmer in Gartencentern haben mir persönlich versichert, dass der Arbeitsplan für die Sonntagsöffnung sehr schnell ausgebucht ist und sehr gerne angenommen wird. Als Motiv wurde genannt, dass das Arbeitsklima wesentlich entspannter sei als in der Woche: Die Kunden sind freundlicher. Es entsteht keine Hektik. Die Mitarbeiter stehen nicht unter Zeitdruck - keine Kinderabholzeiten, keine Kita-Schließung, keine Betreuungsprobleme.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Kein Sonntagsausflug, kein Zoobesuch, kein Picknick, keine Familienfeier!)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnen mehr Freizeit in der Woche, in der man viel erledigen und mit Kindern etwas unternehmen kann.

(Zustimmung bei der FDP)

Nicht zuletzt kommt der Zusatzverdienst über den Feiertagszuschlag den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute. Sonst sind Sie doch auch immer so besorgt um den Verdienst der Arbeitnehmer. Hier können sie ganz einfach innerhalb der festen Arbeitszeit mehr verdienen. Aber das verwehren Sie den Menschen.

(Zustimmung bei der FDP - Ronald Schminke [SPD]: Stimmt doch nicht!)

Was für eine Einstellung ist es eigentlich, wenn man den Kunden und den Mitarbeitern sagt: „An der Kasse darf nur die Taste für die Blumen gedrückt werden, die Taste für die Dekorartikel, für die Kerzen - beispielsweise im Advent - oder für das Geschenkpapier oder für Grußkarten ist heute tabu.“? - Das versteht doch kein Mensch. Was ist denn das für eine Art und Weise, mit diesen Geschäften umzugehen?

(Zustimmung bei der FDP)

Da schreibt ein Herr Henning in einem Brief an die Sportvereine und diffamiert die FDP, sie wolle die Sonntagsruhe abschaffen.

(Frank Henning [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Die Menschen könnten nun nicht mehr in die Kirche gehen. Sie könnten nicht mehr zum Sport. Sie könnten ihre Ehrenämter nicht mehr wahrnehmen. - Das ist doch Unsinn, Herr Henning. Lieber Herr Henning, wo leben Sie eigentlich? - Ich dachte, Sie leben in demselben Stadtteil, in dem auch ich lebe. Da geht es aber etwas anders zu.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Er kennt sich aber besser aus!)

Mein Mann ist beispielsweise Vorsitzender des zweitgrößten Sportvereines in Osnabrück. Er ist fast täglich in seinem Ehrenamt unterwegs. Aber der Sonntag ist nicht immer dabei. Ehrenamt erstreckt sich eben nicht nur allein auf den Sonntag. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben. Aber ich sehe das ganz anders.

(Glocke des Präsidenten)

Sind Sie schon einmal am Sonntag in einem Zoo oder in einem Freizeitpark gewesen?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja!)

Ich meide diese Freizeiteinrichtungen an diesem Tag gern; denn da kommt man - erst recht mit kleinen Kindern - kaum an die Gehege, an die Fahrgeschäfte oder an sonstige Attraktionen heran. Das ist an Wochentagen ganz anders. Dann ist man viel entspannter unterwegs, und den Kindern macht es auch mehr Spaß.

Gabriela König MdL, Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Ladenöffnungszeiten in Niedersachsen, Rede vom 18. Juni 2013, 9. Sitzung, Tagesordnungspunkt 14, Abschließende Beratung

Ich kenne nur sehr wenige Menschen, die jeden Sonntag in die Kirche gehen. Die Zahl der sonntäglichen Kirchenbesucher ist seit Jahren rückläufig. Durchschnittlich gesehen, gehen nur 3 bis 4 % der Protestanten überhaupt noch in die Kirche.

(Frank Henning [SPD]: Die müssen alle arbeiten!)

Sie gehen regelmäßig vielleicht noch am Karfreitag in die Kirche, aber nicht jeden Sonntag. Sie müssen mir einmal erklären, wer das macht. Da bin ich gespannt. Im Übrigen gibt es auch Vorabendmessen oder Sonntagabendmessen. Es wird also nicht unbedingt der Sonntagsmittag dazu benötigt.

Was in Ihrem Schreiben mehr als Stimmungsmache und Diffamierung zu sehen ist, das erschließt sich mir im Prinzip nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Kommen wir kurz zu den Autowaschanlagen!

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie können aber nur mit einem Satz ganz kurz dazu kommen, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist, Frau Kollegin.

Gabriela König (FDP):

Wer am Sonntag zum Tanken fährt, dort einkauft und sein Auto für die kommende Woche aussaugt, könnte rein theoretisch auch den Druckknopf benutzen, um die Waschanlage für das Auto anzustellen. Niemand anders wird dadurch belästigt oder in irgendeiner Form überstrapaziert. Was Sie erzählen, ist wirklich sehr weit hergeholt.

(Zustimmung bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Ich schliesse damit die Aussprache in der zweiten Beratung. Sie kennen die Ausschussempfehlung. Wir kommen zur Abstimmung darüber.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion in der Drucksache 17/179 ablehnen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen. Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)